

von Michael
Reckordt

Der Autor arbeitet bei PowerShift als Koordinator des AK Rohstoffe

Zwischen Bergbau-Hölle und Alternativer Rohstoffwoche

Über die vielfältigen ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Rohstoffabbaus wurde in der *südostasiens* schon mehrfach berichtet, unter anderem in einer Schwerpunkt-Ausgabe im Jahr 2013. Kürzlich jährte sich die Ermordung von Juvy Capion und ihrer beiden minderjährigen Söhnen, Jon und Jordan, zum fünften Mal. Im Morgenrauschen des 18. Oktober 2012 kam es laut Angaben der *Armed Forces of the Philippines (AFP)* zu einem Schusswechsel zwischen der AFP und Indigenen. Medien, Kirche und Zivilgesellschaft haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es nie ein Gefecht gab, da die vom Militär gesuchte Person, der Ehemann von Juvy Capion, längst nicht mehr in dem Dorf anwesend war. AktivistInnen sprechen daher von einem Massaker an der Familie. Bis heute ist nicht nachvollziehbar, ob die Verantwortlichen der AFP zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Der Ort des Geschehens, Tampakan, könnte eigentlich ein ruhiges, verschlafenes Nest sein. Es liegt in der Provinz South Cotabato auf der Insel Mindanao, am Fuße des Mount Matutum, einem der 22 aktiven Vulkane der Philippinen. Die Kleinstadt ist nur wenige Kilometer von der Provinz-Hauptstadt Koronadal City entfernt. Doch im Grenzgebiet von vier Provinzen liegen insgesamt 375.000 Tonnen Kupfer und 360.000 Unzen Gold unter der Erde. Dadurch besitzt der Ort eine der wertvollsten, unerschlossenen Rohstofflagerstätten der Welt. Seit den 1990er Jahren haben mehrere ausländische Konzerne, darunter *Western Mining Corporation*, *Indo-phil Resources* (jeweils aus Australien), *Xstrata* und *Glencore* (jeweils aus der Schweiz) versucht, einen Abbau dieser Lagerstätten zu forcieren. Sie alle sind erbärmlich gescheitert, haben viele Millionen Euro

In diesem Dorf lebten Juvy Capion und ihre Kinder
© Michael Reckordt



verloren und mussten sich unverrichteter Dinge aus den jeweiligen Projekten zurückziehen. Zuletzt hat Glencore seine Beteiligung an dem Projekt im Sommer 2015 mit hohen Verlusten verkauft. Bis heute sind sie alle gescheitert am Widerstand der Indigenen Gemeinschaft der B'laan, der Zivilgesellschaft, der Kirchen, der lokalen Politik und den vielen Aktiven. So könnte eine Narrative des Erfolges aussehen, wenn der Konflikt neben Juvy Capion nicht viele Opfer auf beiden Seiten gefordert hätte.

Schmutzige Lieferketten

Ein anderes Beispiel für den destruktiven Bergbau in den Philippinen ist Sta. Cruz in der Provinz Zambales, Luzon. Die Wissenschaftlerin Melanie Müller hat im Frühjahr 2017 für das philippinenbüro und PowerShift in Zusammenarbeit mit *Alyansa Tigil Mina* (Allianz gegen Bergbau) die Lieferkette des Nickels aus der Provinz Zambales nach Deutschland untersucht. Deutschland ist immerhin der fünftgrößte Konsument von Nickel, während die Philippinen im Jahr 2015 der größte Produzent waren. Der Abbau vor Ort schädigt allerdings massiv die Umwelt und verletzt vielfach das Menschenrecht auf Nahrung. So berichteten im Jahr 2015 Fischer, Bäuerinnen, Bauern und Besitzer von Fischteichen, dass sie so tief greifende Einnahmeverluste hatten, dass sie zum Teil auf Mahlzeiten verzichten mussten. Zudem gibt es immer wieder Einschüchterungsversuche gegen die aktive Zivilgesellschaft in Zambales. So wurde der Vorsitzende der *Concerned Citizens of Sta. Cruz, Zambales (CCOS)*, Dr. Benito Molino, im August 2017 bezichtigt, LKW-Fahrer des Bergbauunternehmens bedroht zu haben. Mit ihm wurden auch VertreterInnen staatlicher Behörden, wie dem *National Bureau of Investigation (NBI)* oder der Sonderermittlungseinheit gegen Umweltverbrechen des Umweltministeriums (DENR), angeklagt. Zusammen hatten sie mit der Armee und der Küstenwache am 6. April des Jahres aufgrund von illegaler Aktivitäten vier Nickelabbaustätten betreten und die LKW-Fahrer festgesetzt. Nun reichten diese LKW-Fahrer Gegenklage ein, weil sie sich bedroht sahen, während sie gegen Gesetze verstoßen haben.

Dies ist nicht das erste Mal und nicht die einzige Form von Drohungen, die sich gegen Benito Molino richteten, wie er im Rahmen der 3. Alternativen Rohstoffwoche am 16. und 18. Oktober auf Veranstaltungen in Berlin berichtete. Er bekam auch schon

Gewaltandrohungen per SMS, aber auch gescheiterte Bestechungsversuche.

Bergbauhölle

Viele vom Rohstoffabbau betroffene Gemeinden und die Zivilgesellschaft hofften nach dem Amtsbeginn auf Rodrigo Duterte und Regina Paz, genannt Gina, Lopez. Die ehemalige Aktivistin, die unter anderem an der Kampagne »No To Mining in Palawan« federführend beteiligt war und über zehn Millionen Unterstützungsunterschriften sammelte, wurde im Sommer 2016 zur Umweltministerin ernannt. Zu Beginn ihrer Amtszeit untersuchte sie alle Abbaulizenzen des Landes und analysierte Verstöße gegen Umweltgesetze sowie die örtlichen, sozialen Konflikte. Anschließend ordnete sie an, 23 Bergbaubetriebe zu schließen und entzog fünf weiteren Unternehmen die Lizenzen. Gina Lopez wurde nach einer knapp einjährigen Amtszeit von der *Commission on Appointments* nicht im Amt bestätigt. In dieser Kommission, die sich aus Duterte-Getreuen aus Abgeordnetenhaus und Senat zusammensetzte, waren viele PolitikerInnen, die selbst Beteiligungen an Bergbauunternehmen besitzen oder besaßen oder von der Industrie unterstützt wurden. Lopez musste ihr Amt niederlegen. Dennoch war ihre Amtszeit geprägt von großen Fortschritten und die mediale Präsenz hat dafür ein Bewusstsein in der Bevölkerung geschaffen, dass Bergbau ein Risikosektor ist.

Lopez unterstützte nun die vom 4. bis 8. September 2017 stattfindende *Mining Hell Week*, die das philippinische Umwelt- und Menschenrechtsnetzwerk *Alyansa Tigil Mina* organisierte. Die *Mining Hell Week* ist Teil der anwaltschaftlichen Arbeit philippinischer NGOs, die schon seit Jahren eine andere Gesetzgebung fordern, um die sozialen Rechte und den Umweltschutz viel stärker in den Vordergrund zu stellen sowie die Rechte der lokal Betroffenen und Indigenen Gemeinschaften zu stärken. Mit dem Gesetzentwurf der *Alternative Minerals Management Bill* hat *Alyansa Tigil Mina* zusammen mit lokalen Gemeinschaften und JuristInnen einen Gesetzesentwurf erarbeitet, der seit Jahren vom Repräsentantenhaus und dem Senat diskutiert, aber nicht vorangetrieben wird.

In der *Mining Hell Week* weist die Zivilgesellschaft mit Nachdruck auf die Auswirkungen und die Notwendigkeit neuer Gesetze hin, die Mensch und Umwelt besser schützen. Sie nehmen damit direkten Bezug auf Kampagnen der Industrie, die *responsible mining* (verantwortlicher Bergbau) versprechen. Daniel Arias, Beauftragter für anwaltschaftliche Arbeit bei *Alyansa Tigil Mina*, verdeutlicht: »Verantwortlicher Abbau ist nicht möglich, besonders so lange es keine rechtlich verbindliche Definition existiert, wie dieser verantwortliche Abbau von Stat-

ten gehen soll. Es ist nur ein weiterer Werbeslogan der Industrie. Diese hat bisher versagt, ihren alten Slogan des *sustainable mining* (nachhaltiger Bergbau) zu verteidigen.« Daher setzen sich verschiedene Umweltgruppen auch für ein »Moratorium für Großtagebau ein, solange die *Alternative Minerals Management Bill* von der Politik nicht erlassen worden ist«, so Arias weiter.

»Hab keine Angst, schließ die Minen!«

Im Rahmen der Woche demonstrierten am 5. September 2017 knapp 200 Personen vor dem Präsidentensitz Malacañang. Die DemonstrantInnen, zum Teil aus den Rohstoffabbaugebieten wie Zambales oder Masbate, forderten den Präsidenten Rodrigo Duterte auf, endlich seinen Worten Taten folgen zu lassen. Ein Banner signalisierte das deutlich: »Gawa hindi ngawa! Ipasara ang Mina!« (Hab keine Angst, schließ die Minen!). Der Präsident hatte in den letzten Jahren vielfach den Bergbauunternehmen gedroht. Zuletzt hat er in seiner Ansprache an die Nation den Großtagebau verflucht, die Konzerne aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und gedroht, wenn sie sich nicht an die Gesetze hielten, würde er sie »zu Tode besteuern«. Der nationale Koordinator von *Alyansa Tigil Mina*, Jaybee Garganera, unterstreicht die Forderungen der DemonstrantInnen: »Wir freuen uns über die Worte des Präsidenten über den zerstörerischen Bergbau, aber er muss das Problem auch beheben und den Worten Taten folgen lassen«, und betont, dass Mensch und Umwelt »konkrete Aktionen und nicht nur Ankündigungen« bräuchten.

Am folgenden Tag wurde zudem die *Mining Philippines International Conference* im Sofitel Hotel gestört. Diese Konferenz, die von der *Chamber of Mines of the Philippines* (Bergbaukammer der Philippinen) jährlich organisiert wird, trug dieses Jahr den Titel: *Responsible Mining: Moving Beyond Compliance* (Verantwortlicher Bergbau: Über die Erfüllung hinaus gehen). Arias kritisiert, dass diese Berg-

Der mit Nickel belastete Fluss trat über und zerstörte Fischfarmen und Muschelzucht
© Michael Reckordt



baukonferenz nur darauf abziele, »das Land und die Mineralien des Landes auszubeuten«. Statt weiter ausländische Investoren aufzufordern zu investieren, sollte die Industrie zuerst »der Anordnung des Präsidenten Folge leisten und die Menschen entschädigen«, so Arias weiter. Ein Vertreter der *Chamber of Mines* sprach auch auf Einladung der deutschen Außenhandelskammer in den Philippinen und der deutschen Botschaft am 13. Oktober 2017 auf einem Wirtschaftsstammtisch zum Thema: »*Philippine Mining Industry: Nowhere to Go But Up*« (Philippinische Bergbau Industrie: Es gibt keinen anderen Weg, als nach oben).

Es gibt vielschichtige Bezüge zwischen den rohstoffreichen Ländern wie den Philippinen und rohstoffverbrauchenden Ländern wie Deutschland, das zu nahezu 100 Prozent abhängig ist von Primärmetallen. Es sind zum Teil europäische Konzerne, die beim Abbau Menschenrechte und Umweltstandards missachten, oder deutsche Banken, die diesen Abbau finanzieren, wie das philippinenbüro schon im Jahre 2012 im Buch »Rohstofffrausch« aufgearbeitet hat. Über verschiedene Verwertungsschritte kommen die Rohstoffe nach Europa, entweder von der Wirtschaft genutzt oder schon verarbeitet in Konsumgütern wie Smartphones oder Autos.

Auch Deutschland in der Verantwortung

Immer wieder, so berichten Organisationen wie MISEREOR, Brot für die Welt, Oxfam, Germanwatch oder PowerShift, sind deutsche Firmen mehr oder weniger direkt an Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette beteiligt, und sei es nur, weil sie soziale und ökologische Missstände nicht früh genug identifiziert und bei der Beseitigung geholfen haben. Darauf wiesen vom 16. bis 22. Oktober 2017 zivil-

gesellschaftliche Organisationen in Deutschland hin, darunter auch die Stiftung Asienhaus und das philippinenbüro. Im Rahmen der 3. Alternativen Rohstoffwoche, die erstmals im Jahre 2013 initiiert wurde, setzten sich Mitglieder des Netzwerks *AK Rohstoffe*, darunter Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, in mehr als 25 Veranstaltungen bundesweit mit den sozialen und ökologischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus auseinander.

Die Bundesregierungen und -ministerien berücksichtigen die Auswirkungen des Rohstoffabbaus nicht ausreichend in ihrer Politik. In ihrem Fokus steht die häufig einseitige Unterstützung der Industrie für eine erhöhte Versorgungssicherheit mit den Rohstoffen. Aufgrund der globalen Herausforderungen braucht es eine andere, eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Diese muss folgende Ziele haben: Erstens, den Rohstoffverbrauch vor allem in Deutschland und Europa in absoluten Zahlen zu senken. Zweitens, die Menschenrechte der vom Abbau Betroffenen effektiv schützen. Dazu braucht es ein verbindliches Sorgfaltspflichtengesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken entlang ihrer Lieferkette zu analysieren, Verletzungen zu minimieren und die Betroffenen zu entschädigen. Drittens muss die Zivilgesellschaft global stärker geschützt und gestärkt werden. Das heißt, Umweltverbände und Menschenrechtsorganisationen brauchen ein stärkeres Mitspracherecht in Europa und Deutschland sowie im Globalen Süden bei der Ausgestaltung von Regeln. Unternehmensinteressen und deren Lobby muss aus bestehenden Prozessen zurückgedrängt werden, damit gesamtgesellschaftliche Interessen über ökonomischen Partikularinteressen stehen. Ob *Mining Hell Week* oder Alternative Rohstoffwoche, ob in Asien oder Europa, wir befinden uns in Mitten eines langen Kampfes für mehr Gerechtigkeit sowie für den Schutz von Mensch und Umwelt. ■

Benito Molino
dokumentiert
nach Hangrutsch
neues Absetz-
becken
© Michael
Reckordt

